

Die Qual der Wahl

Die Beteiligung der Linken an den Wahlen

von **Nathan Quimpo**

War und ist die philippinische Linke — von den maoistischen Kommunisten und den ihnen verbundenen »Nationaldemokraten« (NDs oder Natdems) bis hin zu Sozialdemokraten und den unabhängigen Sozialisten (Socdems oder SDs) — seit den letzten hundert Jahren in der Lage, die traditionellen Politiker und Parteien bei Wahlen herauszufordern? Bistlang — so Quimpo — war sie nicht besonders erfolgreich darin, die Dominanz der Trapos über das Parteien- und Wahlsystem der Nach-Marcos-Zeit aufzubrechen. Schuld daran ist nicht nur eine bei manchen seit langem gepflegte Aversion gegen Wahlpolitik, sondern vielmehr eine rein instrumentelle Sicht auf demokratische Prozesse und Institutionen, welche sich ein erheblicher Teil der Linken nach wie vor verschrieben hat.

In den Parteilistenwahlen und dem verstärkten Engagement auf lokaler Ebene sieht Quimpo dagegen Möglichkeiten, die Demokratisierung der Philippinen voranzubringen.

Seit der Kolonialzeit haben Mitglieder der Elite das philippinische Parteien- und Wahlsystem dominiert. Die großen Parteien des Landes, welche die Cliquen der Elite repräsentierten, sind von ihren Programmen und Plattformen her nie zu unterscheiden gewesen. Sie gründen sich nur auf eine schwache Mitgliederbasis und werden überwiegend im Wahlkampf aktiv. Programme kennen sie nicht, wenn man »Sein Mäntelchen nach dem Wind hängen« nicht als ein solches betrachtet. Die traditionellen Parteien haben gezeigt, dass sie nicht viel mehr darstellen als Vehikel der Patronage, welche man aufstellen, mit anderen vermischen, wieder aufbrechen, aufgeben, ausspeien, rekonstituieren, umbenennen, umverpacken, recyceln oder die Toilette runterspülen kann.

So kam es, dass die meisten Politiker geringschätzig als Trapos bezeichnet wurden, was nicht nur die Kurzform von traditional politician ist, sondern auch auf Spanisch »Putzklappen« heißt, der ja oft dreckig und schmierig endet. Wie schon in Zeiten vor dem Kriegsrecht, haben sich die Wahlkämpfe seit 1986 wieder auf die Persönlichkeiten der Kandidat/innen fokussiert statt auf Sachthemen oder politische Grundüberzeugungen, und sie waren immer treffend mit der 3G-Regel zu charak-

terisieren: »guns, goons and gold« (Gewehre, Gewalt und Gold). Während der Kongress- und Kommunalwahlen im Mai 2001 wurden über 100 Menschen ermordet und 141 verwundet — seit 1986 die blutigsten Wahlen also (*und die Wahlen im Mai 2004 sollen noch blutiger gewesen sein — die Red.*).

Dem Londoner Politikwissenschaftler James Putzel zufolge verbleibt die philippinische Demokratie wegen eines zentralen Missverhältnisses schwach und wenig tiefgründig: Formelle politische Institutionen wie freie Wahlen, allgemeines Wahlrecht Meinungsfreiheit usw. können sich wegen der dominanten und fortdauernden, informell institutionalisierten Patronagepolitik nicht entfalten.

Wahlen von 1931 bis 1986

Wahlen waren lange einer der Schwachpunkte der philippinischen Linken. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Eliten darauf geachtet haben, dass keine Chancengleichheit hergestellt wird, sondern auch darauf, dass ein großer Teil der Linken sich dazu entschlossen hatte, die Wahlen als bürgerliches Betätigungsfeld zu boykottieren

und in anderen Bereichen zu kämpfen. Doch die Abneigung der Linken gegenüber Wahlen ist nicht so tief, wie sie oftmals dargestellt wird. Diese Tradition geht erst auf 1968 zurück, als die maoistisch orientierte Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) gegründet wurde. An der Entscheidung, Wahlen zu boykottieren, hielt ein Grossteil der CPP während der Marcosdiktatur fest, während dies in anderen linken Gruppen, besonders bei den socdems nicht der Fall war.

Schon früher hatten sich linke Parteien an den Wahlen beteiligt. Die Partido Komunista ng Pilipinas (PKP), Vorläufer der CPP, stellte bei den Wahlen von 1931 eigene Kandidaten für politische Ämter auf. Regierungsvertreter weigerten sich aber, der PKP Kundgebungserlaubnisse zu erteilen und lösten Versammlungen auf, die auf die Kundgebungen beharrten. 1932 wurde die Partei für verfassungswidrig erklärt, was eine weitere Beteiligung an den Wahlen ausschloss.

1934 kandidierte der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Vortrages, den Nathan Quimpo im Oktober 2003 auf der Jahreskonferenz des Verbandes der philippinischen Politikwissenschaftler/innen in Davao City gehalten hat.

Philippinen (SPP), Pedro Abad Santos, für den Posten des Gouverneur von Pampanga, und verlor. Die Popular Front, welche die PKP und die SPP einschloss, stellte Kandidaten bei den Kommunalwahlen von 1937 und 1940 und bei den Wahlen zur Philippinischen Versammlung von 1938 auf. Sie gewannen einige Sitze bei den Regionalwahlen in Zentralluzon, einer Brutstätte von Bauernunruhen seit den 20er Jahren.

In der ersten Wahl nach dem Krieg, im April 1946, schmiedete die linksgerichtete Demokratische Allianz, deren Spitzenleute aus progressiven Intellektuellen und aus PKP Kadern stammten, eine Koalition mit Präsident Osmenas Nationalistischer Partei. Die NP-DA Allianz verlor, aber alle sieben DA Kandidaten für das Repräsentantenhaus in Zentralluzon gewannen überzeugend. Als der Kongress zu seiner ersten Sitzung zusammenkam, entzog das von der liberalen Partei dominierte Parlament allerdings sechs von sieben dieser Kandidaten ihren Sitz, weil sie angeblich auf Betrug und Terrorismus während der Wahl zurückgegriffen hätten.

Als die maoistische Partei 1968 gegründet wurde, ging sie hart mit der PKP dafür ins Gericht, dass diese den bewaffneten Kampf aufgegeben und eine ausschließlich parlamentarische Strategie eingeschlagen habe. Wahlen waren nun für die Neokommunisten Tabu. »Ein paar Sitze in einem reaktionären Parlament, aber keine Revolutionstruppen in unserem Land zu haben, bedeutet das Spiel eines Idioten zu spielen.«, so damals der Gründungsvorsitzende der CPP, Jose Maria Sison. Die tragische Erfahrung der Revolutionstruppen in Indonesien unter Sukarnos Herrschaft und im Chile Allendes, wurden ebenfalls oft herangezogen, um die Torheit, nur den Wahlen- und Parlementsweg einzuschlagen, aufzuzeigen.

Im Großen und Ganzen boykottierten die NDs und die CPP die Wahlen von 1969 bis 1986.¹ Nachdem Marcos 1972 das Kriegsrecht verhängt hatte, verfolgte die CPP eine kompromisslose Boykottpolitik. Eine Beteiligung an den Wahlshows von Marcos galt als gleichbedeutend damit, ein diktatorisches Regime zu legitimieren. Der Slogan »Revolution nicht Wahl!« wurde gewissermaßen zum Standardspruch.

Auch wenn einige NDs an den Barangay Wahlen 1982 teilnahmen², blieb die Beteiligung an Wahlen verpönt. Sison, zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis, schrieb: »Der Wahlkampf ist anderen Formen des politischen Kampfes unterlegen und nur als Ergänzung zu betrachten. Für Revolutionäre ist er dem bewaffneten Kampf, Streiks und anderen Massenaktionen nachzuordnen.«

Die SDs hatten weniger Einwände, an Wahlen zu Zeiten des Kriegsrechts teilzunehmen. Sie sahen die Wahlen als eine Methode, die Marcos-Diktatur zu schwächen. Einige SDs halfen 1982 in Mindanao dabei, die reformorientierte Philippinische Demokratische Partei (PDP) zu gründen, welche sich dann mit dem Bündnis LABAN im Folgejahr vereinte. 1984 gewann die PDP-LABAN einige Sitze im Nationalparlament und eine ansehnliche Menge von Gemeindeposten vor allem in Mindanao.

Damals gab es dort allerdings schon merkliche Spannungen zwischen LABANs alten Leitfiguren mit ihrer traditionellen Politik und jungen, idealistischen PDP Anhängern mit ihren politischen Prinzipien. Die PDP wurde ziemlich schnell zu nichts anderem als einer weiteren traditionellen Partei

EDSA I

Marcos gab dem starken innenpolitischen und internationalem Druck nach und setzte eine Blitzwahl für den Februar 1986 an. Da die CPP nicht bemerkte, dass der Kampf gegen die Diktatur sich zuspitzte, nahm sie einmal mehr ihre Boykothaltung ein, auch als die anderen umstürzlerischen Kräfte sich hinter der Kandidatur von Corazon Aquino, der Witwe von Senator Aquino, die für PDP-LABAN kandidierte, scharten.

Die Wahl, so die CPP-Führung, wäre lediglich ein »lärmender und leerer politischer Kampf« zwischen Splitterparteien und der herrschenden Klasse. Sie würde von der US-Marcos-Diktatur manipuliert und sei für die breite Masse des Volkes bedeutungslos. In der Tat versuchte Marcos, die Wahl zu »stehlen«. Doch die Filipinos, die die Diktatur satt hatten, protestierten in riesiger Zahl. Weniger als drei Wo-

chen nach der Wahl entmachtete die »People Power« Marcos und trug Corazon Aquino ins Amt.

Das Boykott Fiasco zwang die Führung der CPP zuzugeben, dass sie einen groben Fehler begangen habe und dass sie, als Resultat des Boykotts, »viel von ihrem politischen Einfluss verloren« ihr politisches Ansehen, das sie über Jahre hinweg aufgebaut hätten, geschädigt und ihre Führung über das Volk verloren hätten, als dieses sich entschlossen aufgemacht habe, die faschistische Marcos-Diktatur zu beenden.«

Partido ng Bayan

Im August 1986 rief die NDF die Partido ng Bayan (Partei des Volkes) ins Leben. Die PnB und einige andere Organisationen schufen die »Allianz für Neue Politik« (ANP). Die PnB/ANP trat für eine »neue Politik« ein und stellte Kandidat/innen für Senat und Repräsentantenhaus bei den Nationalwahlen 1987 auf. Die Neulinge erwarteten, zwei oder drei Sitze im Senat und etwa 20 Prozent der Sitze im Repräsentantenhaus zu gewinnen. PnB/ANP wurde jedoch vernichtend geschlagen. Alle ihre Kandidat/innen für den Senat verloren und lediglich zwei ihrer Hoffnungsträger schafften den Einzug ins Repräsentantenhaus. Bei den Gemeindevahlen 1988 gewannen nur 18 PnB Kandidaten (obwohl einige Progressive, die sich stark mit der ND Bewegung identifizierten oder mit ihr zusammenarbeiteten, aber für die traditionellen Parteien antraten, es schafften). Wenig später gab die PnB ihr nationales Büro auf und stellte die aktive Arbeit ein. Die zwei Abgeordneten von PnB im Repräsentantenhaus und die 18 Gemeindevorteiler traten schließlich traditionellen Parteien bei.

Doch auch nach dem PnB Debakel von 1987 boykottierten die NDs Wahlen nie wieder. In den darauffolgenden Wahlen stellten sie Kandidaten auf oder unterstützten zumindest welche.

Sie setzten den Boykott von Wahlen nicht länger damit gleich, revolutionär zu sein und genauso wenig eine Wahlbeteiligung damit, reformistisch zu sein. Die NDs waren aber immer noch der Ansicht, dass nur eine Revolution zu einem wahren politi-

rechten Sozialdemokraten), deren wachsende Tendenz es war, Kompromisse mit der Regierung oder den Trapos zu schließen. 1990 lancierten die popdems, Pandayan und Bisig (beide am linken sozdem-Spektrum angesiedelt) das »Projekt 1992«, das eine »Mitte-Links-Koalition für die Wahlen 1992 schaffen sollte. Nach Monaten der »Pendeldiplomatie« mit verschiedenen linken Gruppierungen scheiterte das Projekt schließlich, als die »drei Schweinchen«, wie die NDs sie verächtlich nannten, es nicht schafften, die Hauptströmungen der NDs und der SD-Formationen mit ins Boot zu holen.

Unbeeindruckt davon steckten sie ihre Energie in das »Projekt 2001«, angekündigt als eine »Wahlbewegung der Zivilgesellschaft«. In das Projekt wurden verschiedene Allianzen von Basisorganisationen (peoples organizations — POs) und NGOs aus dem ganzen Land einbezogen, außerdem der Dachverband der SD-orientierten NGOs CODE-NGO, der größten Koalition aus NGOs. Doch sie konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen und um eine Aufspaltung zu vermeiden, unterließ Projekt 2001 es, Kandidaten zu unterstützen.

Wiederum enttäuscht, formierten sich die popdems, Pandayan und Bisig zu einer losen, überparteilichen Vereinigung, Kaakbay ng Sambayanan (Akbayan — Ally of the people). Akbayan erging es 1992 aber ebenso schlecht wie der PnB — beide hatten meist die gleichen Kandidaten unterstützt.

Als 1995 die nächsten Wahlen anstanden, hatte die CPP sich bereits gespalten und die rejectonists fühlten sich hauptsächlich von zwei multisektoralen Allianzen angezogen, Sanlakas und Siglaya. Beide Allianzen unterstützten progressive Kandidaten, welche als Kandidaten von traditionellen Parteien oder als Unabhängige in den Wahlkampf gezogen waren. So verfuhr auch die drei Gruppierungen, die sich unter Akbayan 1992 versammelt hatten: Bisig, popdems und Pandayan. Einige der Kandidaten, die von den entstandenen Linksgruppen unterstützt worden waren, gewannen, doch die Siege waren einer Kombination von mehreren Faktoren zuzuschreiben und nicht der Entstehung eines klaren progressiven Lagers.

Party List System

1995 verabschiedete das Repräsentantenhaus das Parteilistengesetz. Dieses Gesetz setzte eine Bestimmung der Verfassung von 1987 um, die vorsah, dass 20 Prozent der Sitze im Repräsentantenhaus den Vertretern marginalisierter Gruppen vorbehalten seien, die durch Parteilisten gewählt werden sollten.

Die linken Gruppen betrachteten das Parteilistensystem trotz seiner vielen Defizite als eine exzellente politische Chance. Die Teilnahme an den Wahlen ohne über eine eigene Partei zu verfügen, war sehr mühsam geworden.

Man konnte von einer PO-NGO Koalition keine Unterstützung für einen Kandidaten erwarten. Eine nichtparteiliche Formation in einer Wahlkoalition mit Trapo-Parteien dagegen endete als bloßes Anhängsel dieser Wahlplattformen. Viele der von der Linken unterstützten, siegreichen Progressiven, die 1992 für Trapoparteien oder als Unabhängige kandidiert hatten, wandten sich von der Volksbewegung ab, als sie ihr Amt antraten, und nahmen die Denkweise und die Mittel der Patronage Politik an.

Unter dem Parteilistensystem hatten die neuen Parteien auf der Linken gute Chancen zu gewinnen, zumal die fünf Spitzenparteien — alles Trapo-Parteien — ausgeschlossen waren.

1998 fanden die ersten direkten Parteilistenwahlen statt. Der orthodoxe Teil der NDs, die reaffirmists, nahmen nicht an diesen Wahlen teil. Die anderen linken Gruppen organisierten oder wandelten sich in politische Parteien oder sektorale Organisationen um, und warfen ihre Hüte in den Ring. Akbayan wurde neu belebt, und zwar als politische Partei, mit einem vierten »Schweinchen«, Siglaya, an Bord. Sanlakas ließ sich für die Parteilistenwahlen als sektorale Organisation registrieren. Unter den neuen Parteien und Gruppen, die in der SD-Tradition entstanden, waren die *Cooperative Alliance of Peasants, Farm Workers and Fishers* (ABA), Abanse Pinay (Vorwärts Filipina!) und *Aspiration and Movement of the Common People* (AKO), und aus der RJ-Tradition die »Sprösslinge Mindanaos« (AMIN), Pinatubo und Abanse Bisaya (Vorwärts Visayas).

Trotz der Verwirrung der Wähler, worum es bei der Parteiliste überhaupt gehe, verzeichneten einige der neuen Formationen ihre ersten, wenn auch mäßigen Erfolge: ABA, Abanse Pinay, Akbayan, AKO und Sanlakas gewannen je einen Sitz im Repräsentantenhaus. Der Nachteil war jedoch, dass die neuen linken Parteien und Gruppen zu fragmentiert waren. Hätten die verschiedenen Gruppen es geschafft, ihre ideologischen und politischen Differenzen beiseite zu legen und sich zu zwei oder drei Wahlparteien zusammenzuschließen, hätten sie wahrscheinlich mehr Sitze gewonnen.

Revolution oder Reform

Bei den Parteilistenwahlen von 2001 hoffte jede der Listen darauf, die maximale Anzahl von drei Sitzen, die eine Partei nach dem Parteilistensystem erlangen kann, zu gewinnen. Das vielleicht bedeutendste Ereignis bei der Beteiligung der Linken an der Wahlpolitik war, dass die RAs diesmal mit einer eigenen Parteiliste antraten, Bayan Muna (Das Volk zuerst), die seit 1999 in die Fußstapfen der PnB trat.

Bayan Muna markierte aber nicht eine Abkehr von der offiziellen RA-Position, »bürgerlich« demokratische Institutionen und Prozesse bloß instrumentell zu nutzen, ohne ihnen ein wirkliches Veränderungspotential zuzumessen. Im Dezember 2000 hatte die CPP ein Memo an alle führenden Parteikomitees bezüglich der Aufgaben bei den Wahlen 2001 herausgegeben. Die allgemeine Aufgabe der Partei der revolutionären Bewegung sei es, so betonte die Führung, »das US-Estrada-Regime zu stürzen und umfassend den anti-imperialistischen und antifaschistischen Kampf voranzubringen«. Weitere Hauptaufgaben beständen darin, »die Stoßkraft von Protestaktionen und Massenkämpfen zu erhöhen und den bewaffneten, revolutionären Kampf zu intensivieren, enge Bande zu den legalen progressiven Kräften zu schmieden und den reaktionären Charakter der Wahlen offen zu legen.«

Bayan Muna konnte als einzige Liste das Maximum von drei Sitzen gewinnen, indem sie 13 Prozent

der Stimmen erhielt. Die NDs haben Bayan Munas Erfolg vor allem ihren effektiven Netzwerken an der Basis (*grassroots*), ihrer aktiven Rolle beim Sturz von Estrada (People Power II) und ihrer geschickten Bündnispolitik zugeschrieben. Bayan Muna hatte sich die Unterstützung einzelner Senatskandidaten zugesichert, meistens von der Wahlplattform von Prä-

mit-to-campaign), für diejenigen, die in den von der NPA kontrollierten Gebieten Wahlkampf machen wollten. So auch 2001. Das Memo der CPP vom Dezember 2000 forderte explizit dazu auf »die Einführung von PTC auszuweiten«. Diese Gebühren reichen von 50.000 Pesos (ca. 745 Euro) oder zwei M-16 Gewehren für Bürgermeisterkandidaten in kleinen

war. Die Wiedereinführung der demokratischen Institutionen unter der Präsidentschaft von Aquino festigte diesen historischen Schritt. Aber die formale Demokratie ist nicht genug. Wir können eine politische Demokratie nicht lange aufrechterhalten, wenn wir ein undemokratisches wirtschaftliches System haben. Dass die Besitzverhältnisse reformiert werden müssen (asset reform) ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit oder der Entwicklung des Binnenmarktes, die allein ein anhaltendes Wachstum auslösen kann, sie ist auch unabdingbar, um unsere Demokratie weiter zu entwickeln.« Und weiter: »Das langfristige Ziel von Akbayan ist es, die Beteiligung des Volkes an der Politik zu erleichtern und sie direkt zu organisieren. Nicht nur formal, als eine Pro-Forma-Beteiligung, sondern im Sinne einer echten Beteiligung.«³

Die PMP (die Partei hinter den RJs zuzurechnenden Liste Sanlakas), die die maoistische Strategie des anhaltenden Volkskrieges (*protracted peoples war*) ablehnt, engagiert sich im »Kampf für demokratische Reformen« und betrachtet »die offene und unbewaffnete Massenbewegung als das primäre Kampfmittel« in der post-autoritären Ära. Allerdings hält die PMP jedoch, wie die CPP, Wahlen und Parlamente für »bürgerlich« und bemisst ihren Wert daran, inwieweit diese dazu dienen können, die Stärke der Volksmassen für eine revolutionäre Entladung — eine »demokratische Volksrevolution« — aufzubauen. Für die PMP wird sich der »Kampf der Massen« ausbreiten und vertiefen und schließlich in eine Erhebung des Volkes münden. Für die PMP (wie auch die CPP) ist der entscheidende Unterschied, auf den es bei dem Engagement bei Wahlen ankommt, ob man es in revolutionärer oder in reformerischer Absicht betreibt. Der Einsatz bei Wahlen und im Parlament ist für sie revolutionär, wenn er letztlich darauf abzielt, den reaktionären Staat schließlich zu stürzen, und reformistisch, wenn er das nicht tut.



Foto: J. Pairez

Demonstranten von Akbayan gegen »Trapos«

sidentin Arroyo, der PPC, im Austausch für die Unterstützung des Kandidaten von Bayan Muna bei der Parteilistenwahl. Für Trapo-Senatskandidaten Wahlkampf zu betreiben, war schon sehr kompromisslerisch. Aber auch auf der Gemeindeebene schloss Bayan Muna Geschäfte mit Trapos aller Lager ab — Pro-Arroyo, Pro-Estrada, Unabhängige — manchmal sogar mit Konkurrenten um ein und dieselbe Position. Ein Journalist meinte, Bayan Muna habe die Parteilistenwahlen deswegen so gut abgeschnitten, weil sie sich der Maschinerie der traditionellen Politiker bedient habe, mit denen die Liste sich verbunden hatte.

Geschwister streiten

Während der gesamten 90er-Jahre benutzten die NDs die Wahlen neben der Unterstützung von bestimmten Kandidaten dazu, finanzielle Mittel zu akquirieren (*fundraising*) — etwa durch das Ausstellen von »Kampagnengenehmigungen« (*per-*

Städten bis zu 500.000 bis 1.000.000 Pesos für Senatskandidaten. Offenbar hat die CPP-NPA allein bei den Wahlen 2001 50 Millionen Pesos von Kandidaten auf der Gemeindeebene eingenommen. Andere Linksparteien beschwerten sich, dass an vielen Orten NPA-Guerrillas, während sie aktiv für Bayan Muna Wahlkampf machten, die Mitglieder und Kandidaten konkurrierender Linksparteien belästigen würden.

Einige der neu entstandenen Linksparteien haben eine umfassende Sichtweise von Demokratie entwickelt. Auch als Akbayan noch im Aufbau begriffen war, trat sie mit einem klaren Standpunkt auf: Akbayan erkenne die philippinischen demokratischen Institutionen und Prozesse an, mache aber gleichzeitig deutlich, dass die bloß formale Demokratie in eine mehr partizipative und egalitäre Demokratie umzuwandeln sei. »Wir glauben« — so heißt es in einem Parteimanifest -, »dass die Wiederherstellung der konstitutionellen Demokratie 1986 eine wichtige Leistung der Bewegung gegen die Diktatur

Veränderung von unten

In seiner gegenwärtigen Form hat das Parteilistensystem keine allzu großen Auswirkungen auf

das Trapo-System gehabt. Traditionelle Politiker bilden immer noch die überwältigende Mehrheit in beiden Kammern des Parlamentes und an ihren Handlungsweisen hat sich nichts geändert. In zukünftigen Parlamenten wären die Vertreter der Parteiliste immer noch in der Minderheit, selbst wenn es ihnen gelänge, tatsächlich alle 50 Sitze, die sie maximal einnehmen könnten, auch zu besetzen. Daher haben verschiedene linken Parteien und Gruppierungen nicht alles auf eine Karte »nationales Parlament« gesetzt, sondern Kandidat/innen auch bei Regional- und Lokalwahlen aufgestellt.

So haben Akbayan, Bayan Muna und Sanlakas Kandidat/innen bei den Kommunalwahlen aufgestellt.⁴ Besonders Akbayan hält die Beteiligung an Wahlen auf der Gemeindeebene für besonders wichtig. Joel Rocamora, einer der geistigen Köpfe von Akbayan, erklärt: »Dies hat sowohl mit Prinzipien als auch mit praktischer Politik zu tun. Wir nehmen anfangs an den Kommunalwahlen teil, wo wir die Ressourcen haben, um gewinnen zu können. In Anbetracht der Entfremdung der Menschen von einem politischen System, das von den oberen Bevölkerungsschichten dominiert wird, ist die Wiederherstellung eines Gefühls von effektiver Beteiligung — der Essenz radikaler Demokratie — am besten auf der kommunalen Ebene zu leisten.« 2001 wählte wurden 18 Bürgermeister und 200 Kommunalabgeordnete gewählt, die von Akbayan aufgestellt wurden.

Eine bedeutende Anzahl von Kandidaten der Linken konnte in den Barangay-Wahlen von 1997 gewinnen. Eine Teilerhebung zeigte, dass über 1000 der Kandidaten, die sich mit Gruppen identifizierten, die später Akbayan und Sanlakas bildeten, zu den Gewinnern zählten, fast 200 von ihnen wurden *Barangay Captain* (Ortsteilvorsteher). Und in dieser Zahl sind die ND-Kandidaten noch nicht berücksichtigt. Da alle Parteien den Anspruch der Nichtparteilichkeit der Barangay-Wahlen aufrechterhalten müssen, ist es praktisch unmöglich, genaue Zahlen darüber zu liefern, wie viele Kandidaten der linken Parteien bei diesen Wahlen gewonnen haben. Dennoch kann ich sagen, dass es 2002 viel mehr Kandidaten der Linken als 1997 geschafft haben.

In den kommenden Jahren wird die entscheidende Wahlschlacht möglicherweise nicht mehr bei der Parteilistenwahl, sondern bei den Gemeindewahlen stattfinden. Auf nationaler Ebene wäre es für die linken Parteien wichtig, dass sie zumindest einen Sitz im Repräsentantenhaus über die Parteiliste gewinnen (*zu den Ergebnissen siehe südostasien 2/2004*). Aber bevor die linken Parteien eine echte Herausforderung bei den Nationalwahlen, also den Präsidentschafts-, Senats- und Repräsentantenhauswahlen, darstellen, müssen sie ihre Stärke von unten her aufbauen, besonders auf der Gemeindeebene.

Bei der Wahlstrategie kann die philippinische Linke sich die lateinamerikanische Linke zum Vorbild nehmen. In den 80er Jahren haben linke Parteien Siege bei den Kommunalwahlen in vielen lateinamerikanischen Ländern erzielt. Dem Politologen Jonathan Fox zufolge wurde die Lokalpolitik zu den »entwicklungsfähigsten Arenen, in denen die Linke um Macht konkurrieren, mit progressiven Reformen experimentieren und zu regieren lernen konnte.« Linksorientierte Kandidat/innen, die in lokale Ämter gewählt worden waren, unternahmen grundlegende »good government« Reformen, und es gelang ihnen zu manchen Zeiten, die fest verwurzelte Tradition des korrupten Klientelismus zu beseitigen. Von der lokalen Ebene aufbauend wandten sich die linken Parteien schließlich der nationalen Politik zu. Bis sich die Linke in den 90er Jahren zum Hauptvertreter der legalen Opposition entwickelt hat.

Genau zu dem Zeitpunkt, als die Linke damit begann, in der Lokalpolitik für Aufruhr zu sorgen, übertrugen die Regierungen in Lateinamerika weitreichende Zuständigkeiten auf die lokale Ebene. Obwohl Dezentralisierung nicht zwangsläufig eine Demokratisierung der Kommunalregierungen beinhaltet, so half sie den linken Parteien doch sich durchzusetzen. In den Philippinen sollte das Dezentralisierungsprogramm (*Local Government Code of 1991*) noch bessere Bedingungen für die Linke bieten. Dieses Programm übertrug nicht nur bestimmte Zuständigkeiten auf die lokale Ebene und erhöhte nicht nur deren Anteil an den Steuern, er führte auch einige Formen direkter

Demokratie ein, ebenso die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen (POs und NGOs) in den lokalen Entwicklungsräten (*Local Development Councils*).

Übersetzung. Susanne Feser und Reinhold Schlimm

Anmerkungen

- 1) Bei den Wahlen der Delegierten für die verfassungsgebende Versammlung von 1971, propagierte die offizielle CPP/ND Linie Boykott. Legale ND-Kräfte in der Hauptstadt des Landes wurden allerdings dazu angehalten, sich aktiv am Wahlkampf für einen linken Kandidaten zu beteiligen. Letzterer gewann, wobei er beinahe die meisten Stimmen in Manila erhielt. Nach dem Bombenanschlag auf die Plaza Miranda 1971 mäßigte die CPP ihren Aufruf zum Boykott der Senatswahlen und zwar um einen Erdrutschsieg der legalen Opposition zu ermöglichen und Marcos Isolation zu beschleunigen.
- 2) Bei den Dorfwahlen 1982 wurden in vielen Guerillagebieten die NPA, ND-Kader und Aktivist/innen heimlich angewiesen, eigene Kandidat/innen für das Barangay Council aufzustellen oder verbündete Kandidaten zu unterstützen, um zu verhindern, dass diese Räte von der Regierung gegen einen Aufstand mobilisiert werden könnten. Die NDs stellten auch Kandidaten in einigen großen Stadtzentren auf oder unterstützen Kandidaten, um Propaganda gegen die Diktatur zu machen und um einige legale Volksführer hervorzubringen.
- 3) Akbayans Zustimmung zur konstitutionellen Demokratie bedeutet allerdings nicht, dass die Parteiliste nicht verfassungsmäßige Formen des Kampfes generell ablehnt. 1997 schrieb Ricardo Reyes, zur Zeit Vorsitzender von Akbayan: »Für den Moment vorbereitet zu sein, bleibt eine sozialistische Verantwortlichkeit. Das ist noch immer ein wesentlicher Bestandteil des sozialistischen Elans. Dieser Moment muss aber nicht immer der große Moment einer alles umwälzenden Revolution sein. Es kann sich auch um kritische Momente handeln, an denen radikale Veränderungen möglich sind, und die revolutionären Sozialisten diese Herausforderung erkennen.«
- 4) Bayan Muna konzentrierte sich auf die Parteilistenwahl und stellte offiziell nur eine handvoll lokaler Kandidaten bei den Wahlen 2001 auf. Zwei offizielle Kandidaten für das Amt des Stadtratsabgeordneter — einer in Caloocan City und in Davao City — gewannen.